

Die Konjunktur der Linksliberalen 1966-1970 – Das Beispiel Ralf Dahrendorf

1. Einleitung

Als Bundeskanzler Willy Brandt am 28. Oktober 1969 vor dem Deutschen Bundestag die Losung ausgab: »Wir wollen mehr Demokratie wagen«, war dies das Motto einer kurzen Phase der bundesrepublikanischen Geschichte, in der sich utopische Vorstellungen über das politisch Machbare in weiten Teilen des öffentlichen Lebens breit machten.¹ Das von Brandt selbst im Nachhinein erkannte »Modernitäts-Pathos der späten sechziger Jahre«² war letztlich Ausdruck des vorherrschenden Lebensgefühls dieser Zeit, in der der Begriff der »Planung« zu seinem kurzen Siegeszug ansetzte³ und die Liberalisierung der bundesdeutschen Gesellschaft eine Hochphase erreichte.⁴ Fast alles schien machbar, sofern man nur die richtigen Instrumentarien zur Erreichung des angestrebten Zieles anzuwenden wusste.

Mit dieser Utopie kongruierte zeitlich die Konjunktur von gewissen politischen Vorstellungen, welche hier unter dem Begriff des »Linksliberalismus« subsumiert werden sollen. »Bildung ist Bürgerrecht« und »Demokratisierung« wurden zu Chiffren einer Bewegung, die sich zum Ziel setzte, die Demokratie fester in die bundesrepublikanische Gesellschaft einzupflanzen und dabei Partizipation und Selbstbestimmung des Menschen zu erweitern.⁵ Erst später knüpfte man in diesem Zusammenhang auch bewusst an traditionelle linksliberale Vorbilder an – so etwa an Friedrich Naumann in den Freiburger Thesen der FDP von 1971. Auf der politischen Ebene wurde diese

- 1 Vgl. Michael Ruck: Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie – Zur westdeutschen Planungsgeschichte der langen 60er Jahre. In: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.): *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*. Hamburg 2000, S. 363-401.
- 2 Willy Brandt: *Erinnerungen*. Berlin 1999, S. 271.
- 3 Vgl. z.B. Gabriele Metzler: »Geborgenheit im gesicherten Fortschritt«. Das Jahrzehnt von Planbarkeit und Machbarkeit. In: Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hrsg.): *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*. Paderborn u.a. 2003, S. 777-797.
- 4 Vgl. Ulrich Herbert: *Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze*. In: Ders. (Hrsg.): *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980*. Göttingen 2002, S. 7-49, hier: S. 14.
- 5 Ähnlich Thomas Ellwein: *Krisen und Reformen. Die Bundesrepublik seit den sechziger Jahren*. 2. Aufl., München 1993, S. 79ff.

Konjunktur durch die zunehmende Bedeutung linksliberaler Protagonisten (z.B. Hildegard Hamm-Brücher, Ralf Dahrendorf, Werner Maihofer, Karl-Hermann Flach) offenbar, die hieraus nun relativen politischen Einfluss abzuleiten vermochten.

Ich werde im Folgenden anhand Ralf Dahrendorfs exemplarisch zeigen, welche Bedingtheiten dazu führten, dass linksliberale Positionen in einem bestimmten Zeitraum in der Freien Demokratischen Partei politisch wirksam werden konnten. Dahrendorf wurde zum politischen Shootingstar, als er Anfang 1968 auf dem Freiburger FDP-Bundesparteitag plötzlich zum liberalen »Messias«⁶ avancierte und der arg verunsicherten Partei eine neue programmatische Richtung zu geben schien. Als er dann nur wenige Jahre später – nämlich 1970 – seinen Staatssekretärsposten im Auswärtigen Amt räumte, um EWG-Kommissar für Auswärtige Beziehungen und Außenhandel zu werden, war der Zenit seines politischen Einflusses schon überschritten. Die innerparteilichen Grundlagen dieser Entwicklung sollen hier nachgezeichnet werden.

2. *Die FDP zwischen Mende und Scheel*

Als die FDP Ende 1966 völlig unvorbereitet in die Opposition geriet⁷ und sich im Bundestag mit einer übergroßen parlamentarischen Mehrheit der Großen Koalition konfrontiert sah, begannen sich innerhalb der Partei Tendenzen zu verstärken, die durch die liberale Regierungsbeteiligung zuvor noch nicht derart wirksam hatten werden können. Ein Resultat dessen war zum Beispiel die Ablösung des Parteivorsitzenden Erich Mende durch Walter Scheel Anfang 1968. Mende, der zuerst durch den »Umfall« von 1961 stark unter Beschuss geriet und auf dem Münchener Bundesparteitag 1963 nur Parteivorsitzender blieb, weil kurz zuvor »ein anderer [gemeint ist Wolfgang Döring, K.W.] gestorben ist«⁸, hatte in den Jahren bis 1968 größtenteils davon profitieren können, dass er als Parteivorsitzender nahezu alternativlos war. Einzig dem nordrhein-westfälischen FDP-Landesvorsitzenden Willi Weyer sprach man entsprechendes Format zu – dieser zeigte sich jedoch am Bundesvorsitz stets desinteressiert. So war es also wenig verwunderlich, dass im Sommer 1967 – als sich die Gerüchte verdichteten, dass Mende auf eine Wiederwahl als Parteivorsitzender verzichten wolle – ernsthaft wieder Thomas Dehler als Bun-

6 Zum Schießen. In: Der Spiegel 22 (1968), Nr. 6 vom 05. Februar 1968, S. 32-34, hier: S. 34.

7 Vgl. Lothar Albertin: Die koalitionspolitische Umorientierung der FDP 1966-1969: Fall oder Modell? In: Ders. (Hrsg.): Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik. Göttingen 1980, S. 211-221, hier: S. 213.

8 So die Einschätzung Rudolf Augsteins. Rudolf Augstein: Vorsitzender gesucht. In: Der Spiegel 17 (1963), Nr. 28 vom 10. Juli 1963, S. 22.

desvorsitzender kolportiert wurde,⁹ welcher allerdings kurz darauf plötzlich verstarb.

Dass der Bundestagsfraktionsvorsitzende Mende im Jahre 1960 auf den Dehler-Nachfolger Reinhold Maier folgte, war kaum umstritten. Mende hatte es schon früh verstanden, sich in der FDP durch kluges und eloquentes Vorgehen durchzusetzen, indem er unterschiedliche Positionen durch seine eigene ideologische Geschmeidigkeit auszugleichen vermochte.¹⁰ Mit dem späteren »Umfall« der FDP hatte er jedoch in kürzester Zeit sein strahlendes 1961er Bundestagswahlergebnis von 12,8 Prozent selbst pulverisiert, indem er zu sehr auf die unionsinterne Durchsetzungsfähigkeit des als »Gummilöwen«¹¹ verschrienen Ludwig Erhard gegenüber Konrad Adenauer vertraute.¹² Mendes vorher gerühmte Vermittlungsfähigkeiten wurden jetzt als unentschiedenes Lavieren gerügt,¹³ sodass auch die später folgende »Spiegel-Affäre« vom Herbst 1962 weniger Mende, vielmehr dem zupackenden Döring zugute kam. Die Spiegel-Affäre erwies sich letztlich in mehrfacher Hinsicht als ein einschneidendes Ereignis. Zum einen gilt sie heute im Allgemeinen als wichtigste Zäsur hinsichtlich einer gesellschaftlichen Modernisierung und Liberalisierung der Bundesrepublik,¹⁴ zum anderen öffneten sich hiermit mittelfristig die koalitionspolitischen Möglichkeiten der Bundestagsparteien. Mit den Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD über eine Große Koalition brach sowohl für die CDU/CSU als auch für die FDP das »SPD-Tabu«¹⁵ – freilich erstmal theoretisch. Ferner blieb die Anti-Strauß-Positionierung der Liberalen dauerhaft; außerdem – und dieser Punkt darf nicht unterschätzt werden – bedeutete diese Affäre auch eine Teilrehabilitierung der FDP nach dem Umfall und brachte schließlich »existenzsichernde Punkte im libertär-akademischen Bürgertum«¹⁶. Für die Freien Demokraten war die Spiegel-Krise

- 9 So Wolfgang Schollwer im Gespräch mit dem Verfasser am 24. Juni 2006. Thomas Dehler war bereits von 1954 bis 1957 FDP-Bundesvorsitzender.
- 10 Vgl. Hans-Heinrich Jansen: Erich Mende (1916-1998). In: Torsten Oppeland (Hrsg.): Deutsche Politiker 1949-1969. Bd. 2: 16 biographische Skizzen aus Ost und West. Darmstadt 1999, S. 132-142, hier: S. 133f.
- 11 Macht ist dumm. In: Der Spiegel 17 (1963), Nr. 42 vom 16. Oktober 1963, S. 30-50, hier: S. 44.
- 12 Vgl. Daniel Koerfer: Schwierige Geburten: Die Regierungsbildungen 1961, 1962, 1963 und 1965. In: Wolfgang Mischnick (Hrsg.): Verantwortung für die Freiheit. 40 Jahre F.D.P. Stuttgart 1989, S. 156-192, hier: S. 162ff.
- 13 Vgl. Peter Lösche/Franz Walter: Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel. Darmstadt 1996, S. 55.
- 14 Vgl. z.B. Kurt Sontheimer: So war Deutschland nie. Anmerkungen zur politischen Kultur der Bundesrepublik. München 1999, S. 89; ähnlich Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen. Bd. 2: Deutsche Geschichte vom »Dritten Reich« bis zur Wiedervereinigung. 3., durchges. Aufl., München 2001, S. 209.
- 15 Spiegel-Interview mit Erich Mende. In: Der Spiegel 18 (1964), Nr. 23 vom 03. Juni 1964, S. 28-39, hier: S. 39. Ähnlich auch Erich Mende: Von Wende zu Wende. Zeuge der Zeit 1962-1982. München/Berlin 1986, S. 86. Vgl. Koerfer (wie Anm. 12), S. 177f.
- 16 Lösche (wie Anm. 13), S. 54.

damit sowohl Kapital als auch (»rechtsstaatliche«) Verpflichtung für die Zukunft.

Ab 1963 wurden die FDP-Bundesparteitage immer mehr zum innerparteilichen Profilierungsgebiet der Linksliberalen. Mende hatte nun mit der stärker werdenden ideologischen Unnachgiebigkeit der Parteilinken einige Mühe. Waren die Streitpunkte zuerst noch relativ klar umrissen, so erwuchs daraus mit der Zeit eine grundsätzliche, persönliche Abneigung gegenüber dem Parteivorsitzenden. Erteilte Hildegard Hamm-Brücher auf dem Münchener Bundesparteitag 1963 noch dem Konzept der »liberalen Volkspartei« (das ursprünglich von Döring initiiert und dann von Mende übernommen wurde) eine deutliche Absage, so erkannte Willy Weyer auf dem Hannoveraner Parteitag 1967 dann schon: »Ich habe fast den Eindruck, daß es plötzlich um die Forderung geht: Der Bundesvorsitzende hat zu verschwinden.«¹⁷

Generell war mit der Verbannung der FDP in die Oppositionsrolle der Wunsch nach einem Neuanfang auch in der Führungsspitze der Partei entstanden. Über die Art und Weise, wie dieser Neuanfang auszusehen habe, gab es freilich differierende Ansichten. So war sich Mende durchaus bewusst, dass die FDP langfristig nur überleben könne, wenn sie sich programmatisch neu aufstellte.¹⁸ Teile der Parteilinken – und hier im Besonderen die Jungdemokraten (DJD) – sahen aber zusätzlich die Notwendigkeit eines personellen Wechsels. Wie sehr dieser Erneuerungsdrang die Parteilinke trieb, zeigt die Tatsache, dass die Frage einer möglichen Nachfolge des abzulösenden Mende völlig ausgeblendet wurde.¹⁹ Letztlich war es dann auf dem Bundesparteitag in Hannover paradoxerweise die Ost- und Deutschlandpolitik, über die sich der Erneuerungsdrang Bahn brach. Denn gerade in diesem Bereich galt die FDP mit ihrem Minister für gesamtdeutsche Fragen Mende als die progressivste der Bonner Parteien. Auch die Schriften Schollwers²⁰ und Rubins,²¹ die als Hauptbezugspunkte der sogenannten »Reformer« auf diesem Parteitag gelten,²² waren nicht allzu weit von dem freilich stark verunsicherten und seine Oppositionspositionierung suchenden Mende entfernt. Lediglich die bedin-

17 Zit. in: Rolf Zundel: Happening in Hannover. Auf dem FDP-Parteitag blieb das Führungsproblem ungelöst. In: Die Zeit, Nr. 14 vom 07. April 1967, S. 3.

18 Vgl. zum Beispiel Wolfgang Schollwer: »Da gibt es in der FDP noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten ...«. Aufzeichnungen aus der FDP-Bundesgeschäftsstelle 1966-1970. Hrsg. von Jürgen Frölich. Bremen 2007, S. 33.

19 Vgl. Hans Schuster: Aufruhr ohne Folgen. In: Süddeutsche Zeitung vom 07. April 1967, S. 4.

20 Wolfgang Schollwer: Deutschland- und Außenpolitik. Arbeitspapier für den FDP-Bundesvorstand. Januar 1967. Abgedruckt in: Wolfgang Benz/Günter Plum/Werner Röder (Hrsg.): Einheit der Nation. Diskussionen und Konzeptionen zur Deutschlandpolitik der großen Parteien seit 1945. Stuttgart/Bad Cannstatt 1978, S. 208-217.

21 Vgl. Hans Wolfgang Rubin: Die Stunde der Wahrheit. Abgedruckt in: Benz (wie Anm. 20), S. 204-208.

22 Ähnlich Heino Kaack: Die F.D.P. Grundriß und Materialien zu Geschichte, Struktur und Programmatik. 3., akt. u. erw. Aufl., Meisenheim am Glan 1979, S. 36.

gungslose Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ohne jegliche Kompensation, wie sie Schollwer und Rubin forderten, schien für den Oberschlesier Mende gänzlich indiskutabel. In seinen öffentlichen Stellungnahmen wurde er auch nicht müde zu erwähnen, dass eine endgültige Grenzziehung einem Friedensvertrag vorbehalten sei,²³ diese Frage also zu den »Verhandlungsgegenstände[n] friedensvertraglicher Regelungen«²⁴ zähle.

Dennoch, die Verhärtung und der Rückschritt der ostpolitischen Position Mendes im Vorfeld bzw. im Zuge des Hannoveraner Parteitages sind hierdurch nicht erschöpfend zu erklären. Mende war erkennbar verunsichert, schwankte seit Dezember 1966 deutlich, pendelte zwischen Extrempositionen wie Anerkennung und Nicht-Anerkennung der DDR,²⁵ bis er als »Amokredner«²⁶ in Hannover »in ziemlich demagogischer und wenig sachlicher Weise«²⁷ seine Gegner in der Oder-Neiße-Frage angriff. Es ging den reformorientierten Kräften hier nicht in erster Linie um den Einzelaspekt »Oder-Neiße«, es ging eher darum, eine irgendwie geartete Erneuerung der Partei – die eine koalitionspolitische Neuausrichtung gen SPD einschloss – personell zu untermauern. Und hier war die Oder-Neiße-Frage der einzige Punkt, in dem man den Parteivorsitzenden wirksam attackieren konnte – mit entsprechender publizistischer und publicityträchtiger Unterstützung von Henri Nannen und Rudolf Augstein.²⁸ Zur bedingungslosen Oder-Neiße-Anerkennung konnte man schließlich bloß »ja« oder »nein« sagen; der Oberschlesier Mende musste »nein« sagen und sich damit zwangsweise das Odium des Rückschritts anheften. Das wussten seine Widersacher.

Kurzum: Es waren nicht vorrangig politische Prinzipien, die den Zusammenprall von Hannover verursachten und damit Mendes Ende einläuteten. Vielmehr war es zum einen die intransigent vorgetragene Position der Parteilinken, die Willi Weyer treffend zusammenfasste: »Wir brauchen erstens eine neue Mannschaft, und zweitens brauchen wir ein neues Programm«²⁹, welche sich aus einem allgemeinen – aber programmatisch diffusen – Erneuerungstreben speiste, sowie aus einem damit verbundenen Wunsch nach einem

23 Rede Mendes auf dem FDP-Bundesparteitag in Hannover am 03. April 1967. In: ADL, Bestand FDP-Bundespartei, A 1-323.

24 Ebd.

25 Schollwer (wie Anm. 18), S. 33, 44.

26 Mathias Siekmeier: Restauration oder Reform? Die FDP in den sechziger Jahren – Deutschland- und Ostpolitik zwischen Wiedervereinigung und Entspannung, Köln 1998, S. 326.

27 Karl Moersch: Kurs-Revision. Deutsche Politik nach Adenauer. Frankfurt am Main 1978, S. 95.

28 Vgl. Siekmeier (wie Anm. 26), S. 336ff.; vgl. Heino Kaack: Die Liberalen. Die FDP im Parteiensystem der Bundesrepublik. In: Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz. 2. Aufl., Stuttgart 1974, S. 408-432, hier: S. 420.

29 So Willi Weyer auf dem FDP-Bundesparteitag in Hannover am 03. April 1967. In: ADL, Bestand FDP-Bundespartei, A 1-323.

Wechsel des Koalitionspartners auf Bundesebene.³⁰ Zum anderen war es die überharte Reaktion Mendes auf die personellen Forderungen, hinter der Hildegard Hamm-Brücher die »gekränkte[...] Eitelkeit«³¹ des Parteivorsitzenden vermutete. Mende personifizierte für die Linken das Alte, wogegen dieser freilich machtlos war. Er sah sich »wie ein Stück Wild gehetzt«³², zog sich in eine Position der Selbstgerechtigkeit zurück und beharrte noch Jahre später auf ostpolitischen Positionen, die er selbst zwischenzeitlich schon verlassen hatte.

Als Walter Scheel Ende Januar 1968 in Freiburg das Amt des FDP-Bundesvorsitzenden übernahm, war dies nicht bei jedem das Signal eines liberalen Neuanfangs. Mancherorts galt er als »die Fortsetzung Mendes mit anderen Mitteln«³³. Scheel sollte in der Folgezeit die schwierige Aufgabe zukommen, die aufstrebende Parteilinke und die Vertreter der nationalliberalen Richtung möglichst geräuscharm auf eine gemeinsame Linie einzuschwören und die Partei für die 1969 anstehende Bundestagswahl vorzubereiten.

3. *Die Konjunktur Dahrendorfs*

3.1 *Dahrendorf als »liberaler Heilsbringer«*

Ralf Dahrendorf, Jahrgang 1929, entstammt einem sozialdemokratischen Elternhaus, sein Vater Gustav war unter anderem Reichstagsabgeordneter für die SPD. Kurz vor Kriegsende wurde Ralf Dahrendorf wegen antinationalsozialistischer Propaganda inhaftiert und schloss sich nach dem Krieg in Hamburg der SPD und dem SDS (unter Helmut Schmidt) an. Er trat formal nie aus der SPD aus, vielmehr ist seine Mitgliedschaft 1952 verfallen, da er während eines längeren Auslandsaufenthaltes seine Mitgliedsbeiträge nicht zahlte.

Bei einem seiner wissenschaftlichen Auslandsaufenthalte kam er in den 1950er Jahren an der London School of Economics (LSE) mit Karl Popper in Kontakt, der laut Dahrendorf letztlich dafür verantwortlich war, dass er »sozusagen als Sozialist nach England [ging] und (...) als Liberaler zurück[kam]«³⁴. In der Bundesrepublik machte der »Konfliktsoziologe«³⁵

30 Ähnlich Albertin (wie Anm. 7), S. 207.

31 So Hildegard Hamm-Brücher auf dem FDP-Bundesparteitag in Hannover am 03. April 1967. In: ADL, Bestand FDP-Bundespartei, A 1-323.

32 Erich Mende: Die FDP. Daten, Fakten, Hintergründe. Stuttgart 1972, S. 227.

33 Zum Schießen (wie Anm. 6), S. 32.

34 Ralf Dahrendorf: Über Grenzen. Lebenserinnerungen. München 2002, S. 120.

35 Zur theoretischen Auseinandersetzung mit Dahrendorfs Liberalismusverständnis vgl. Gilbert A. Gratzel: Freiheit, Konflikt und Wandel. Bemerkungen zum Liberalismus-Verständnis bei Ralf Dahrendorf. In: JbzL 2 (1990), S. 11-45.

dann besonders ab dem Beginn der Bildungsdiskussion auf sich aufmerksam. Zusammen mit dem Autor der »Deutschen Bildungskatastrophe«, Georg Picht, wurde Dahrendorf später zu den wichtigsten »intellektuellen Antriebskräfte[n]«³⁶ dieser Auseinandersetzung gezählt. Seine Strahlkraft war in dieser Zeit so groß, dass auch die praktische Politik Dahrendorfs wissenschaftlichen Rat einholte. Der angehende Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) ließ zum Beispiel von ihm ein sozialpolitisches Memorandum für die Große Koalition erstellen, um für die gewandelten gesellschaftlichen Ansprüche an die Politik ausreichend gewappnet zu sein.³⁷ Außerdem war Dahrendorf an der Konzeption eines viel gerühmten Hochschulgesamtplanes für Baden-Württemberg beteiligt.

Dass der Soziologieprofessor in die Politik gehen würde, erschien nur noch als eine Frage der Zeit, zumal sich auch die Rahmenbedingungen für einen Wechsel in die Politik erkennbar verbessert hatten. Die Einstellung der bundesrepublikanischen Gesellschaft zu den Intellektuellen und Wissenschaftlern im Allgemeinen hatte sich, verglichen mit den 1950er Jahren, deutlich geändert. Ab Mitte der 60er Jahre hatten gerade im Bereich der Bildungspolitik die Wissenschaftler »das große Wort. Die Politiker waren ihnen hilflos ausgeliefert.«³⁸ Zwar sagte Dahrendorf später, dass die Große Koalition für ihn das entscheidende Movens für den Gang in die Politik und somit auch in die FDP war, dass also in einem funktionierenden Staatswesen jede Regierung eine starke Opposition brauche,³⁹ doch hielt er Anfang Oktober 1967 die Frage einer parteipolitischen Präferenz gegenüber dem »Spiegel« noch offen. Hier wird er zitiert: »Ich bin [parteipolitisch, K. W.] nicht festgelegt und überlege mir die Stimmabgabe bei jeder Wahl neu. Mir sind im Prinzip unsere drei Parteien recht. Daß in allen dreien mir vieles unheimlich ist, stört mich nicht, da ich ein politisches Wesen bin.«⁴⁰ Noch im gleichen Monat trat er in die FDP ein. Dieser formale Akt geschah, so verriet Dahrendorf später, eher zufällig, als der baden-württembergische Landesgeschäftsführer Hummel einen Nach-

36 Hellmut Becker: Bildung und Bildungspolitik. Über den Sockereffekt von Reformen. In: Martin Broszat (Hrsg.): Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte. München 1990, S. 63-68, hier: S. 65.

37 Vgl. Ralf Dahrendorf: Kurt Georg Kiesinger. Der Politiker und die Intellektuellen. In: Ders.: Liberale und andere. Portraits. Stuttgart 1994, S. 277-286, hier: S. 279ff.

38 Wolfgang Jäger: Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969-1974. In: Karl Dietrich Bracher/ Wolfgang Jäger/Werner Link: Republik im Wandel 1969-1974. Die Ära Brandt. Stuttgart 1986, S. 13-160, hier: S. 133. Vgl. als Beispiel Peter Hemmerich: Die Politiker haben zu wenig Ahnung. Woran die deutsche Wissenschaftspolitik krankt. In: Die Zeit, Nr. 21 vom 20. Mai 1966, S. 57.

39 Vgl. Ralf Dahrendorf: Der Liberalismus und Europa. Fragen von Vincenzo Ferrari. München 1980, S. 16f.

40 Spiegel-Gespräch mit Ralf Dahrendorf. In: Der Spiegel 21 (1967), Nr. 42 vom 09. Oktober 1967, S. 54-62, hier: S. 54; vgl. auch: Vieles unheimlich. In: Der Spiegel 22 (1968), Nr. 3 vom 15. Januar 1968, S. 25.

folger für den überraschend verstorbenen kulturpolitischen Sprecher Walter Erbe suchte.⁴¹

In der FDP legte Dahrendorf nun einen politischen Blitzstart hin, der in einer größeren Partei so kaum möglich gewesen wäre. Nachdem er Anfang 1968 schon in den Landesvorstand der baden-württembergischen FDP gewählt wurde, war er wenig später gar Mitglied des Bundesvorstandes der FDP. Insbesondere mit seinen öffentlichen Auftritten beim Dreikönigstag in Stuttgart und auf dem FDP-Bundesparteitag in Freiburg konnte Dahrendorf mit seinen visionären, aber freilich »dunstig«⁴² gehaltenen Reden bei der verunsicherten, von der Wahlrechtsfrage und einem inneren Auseinanderdriften bedrohten Partei eine vorher nicht erwartete liberale Geschlossenheit zwischen rechtem und linkem Flügel erzielen. Dahrendorf gelang das, was der neue Bundesvorsitzende Scheel in Freiburg nicht schaffte: der Partei wieder Mut, Angriffslust und eine (zugegebenermaßen unscharfe) programmatische Richtung zu geben. Scheel wirkte neben dem »Deus ex Machina« Dahrendorf eher blass und unsicher.

Dahrendorf gelang es in seiner Freiburger Rede, die Große Koalition als gemeinsamen Gegner zu definieren und ihr wahren Reformgeist abzusprechen. Mit seiner politikferneren Herkunft kokettierend prangerte er an, dass die aktuelle Politik durch die »Herrschaft der Formeln über das politische Denken«⁴³ bewegungsunfähiger geworden sei. Dieser »bis zum Überdruß getriebene politische Jargon der Eigentlichkeit« führe letztlich dazu, dass sich die politische Führung von »den Menschen im Lande« trenne und wirkliche Fortschritte unterblieben. Aus Dahrendorf sprach der Zeitgeist der Verwissenschaftlichung der Politik, als er fortsetzte: »Moderne Politik, klare Führung beginnt erst dort, wo der Politiker die Lust an der Entscheidung um genau dieselbe dezidierte Vernunft ergänzt, die den Wissenschaftler auszeichnet.« Dass er sich mit diesen Äußerungen selbst auch entsprechend parteiintern positionieren wollte, kann durchaus angenommen werden. Zur vorangegangenen öffentlichen Kritik an seinen »schönen« Reden und »brillanten« Formulierungen« sagte er nämlich: »Deren einfachste Widerlegung wäre die Umsetzung der Worte in die Tat; und ich freue mich auf die Gelegenheit dazu.«

Programmatisch hatte sich Dahrendorf hier gemäß dem vorgegebenen Thema auf den Bereich der Gesellschaftspolitik konzentriert, welche sich vor allem dem Prinzip der »Offenheit« verschreiben und »Bürgerrechte für alle« zum Ziel haben sollte. Allzu neu, fortschrittlich oder gar richtungsweisend war das

41 So Ralf Dahrendorf im Gespräch mit dem Verfasser am 03. März 2006.

42 Arnulf Baring (in Zusammenarbeit mit Manfred Görtemaker): *Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel*. Berlin 1998, S. 116.

43 Dahrendorf in seiner Rede »Politik und Liberalität statt Bündnis der Unbeweglichkeit« auf dem FDP-Bundesparteitag in Freiburg am 30. Januar 1968. In: ADL, Bestand FDP-Bundespartei, A 1-363. Dort auch die folgenden Zitate.

eigentlich nicht, sagte doch sogar der bayerische Rechtsaußen Dietrich Bahner anschließend: »Ich habe aus der Rede von Prof. Dahrendorf gesehen, daß der von den progressiven Kräften auf den Schild Gehobene sich zu seiner Zielsetzung und in seinem Weltbild in nichts von dem unterscheidet, was ich in dieser Gesellschaftspolitik selber vertrete.«⁴⁴ Insofern war es vielmehr die Art und Weise Dahrendorfs, mit der es ihm in Freiburg gelang, die seit »Hannover« arg zerstrittenen Parteiflügel hinreichend zu befrieden. Wirkliche Streitthemen wie die Oder-Neiße-Frage klammerte er nämlich wohlweislich aus. Stattdessen behandelte er mit der Gesellschaftspolitik eine Frage, die innerhalb der Partei kaum strittig war und mit der man zu dieser Zeit relativ leicht progressiv punkten konnte. Dahrendorfs Rede war zugleich »dunstig« und »konkret« genug, um widerstreitende Ansichten durch Hinwendung zum kleinsten gemeinsamen Nenner scheinbar zu kalmieren.

Zum später häufig zitierten und utopischen Höhepunkt seiner Ausführungen kam Dahrendorf dann am Schluss: »Unser Anspruch geht nicht dahin, als Koalitionspartner dem einen oder anderen das Leben ein bißchen schwerer zu machen. Unser Anspruch ist es vielmehr, dieses Land zu regieren (...).«⁴⁵ Dass dies durchaus als mittelfristiger liberaler politischer Führungsanspruch in der Bundesrepublik zu verstehen war, machte Dahrendorf in den kommenden Wochen und Monaten mehrfach deutlich. Zum »Spiegel« sagte er kurz nach dem Freiburger Parteitag, dass er glaube, die FDP könne sich innerhalb der nächsten sechs Jahre so aufstellen, dass der selbst gesetzte Anspruch, »dieses Land zu regieren«, möglich wäre.⁴⁶ Im August des Jahres wurde Dahrendorf in einem Gespräch mit einem »Welt«-Journalisten wie folgt zitiert: »Und ich meine mit ›Regieren‹, daß die FDP dann die tonangebende Partei sein wird. Das ist der Weg weg von der Koalitionspartei, also von dem kleinen Partner von irgendjemandem anders, hin zu der Partei, die selbst den Anspruch auf Prägung der Richtlinien der Politik erhebt.«⁴⁷ Und wen er selbst für fähig anzusehen schien, die politischen Richtlinien qua Amt zu bestimmen, machte er schon im Februar 1968 deutlich. Hier sagte er »lächelnd, aber ohne Ironie«, er wolle Bundeskanzler werden.⁴⁸

Freilich kann man darüber spekulieren, ob Dahrendorf diese Äußerungen überhaupt ernst gemeint hat. Dass er Bundeskanzler werden wolle, hat er jedenfalls später als nicht verstandene Ironie deklariert.⁴⁹ Denkbar ist aber

44 Rede Dietrich Bahnners auf dem FDP-Bundesparteitag in Freiburg am 30. Januar 1968. In: ADL, Bestand FDP-Bundespartei, A 1-363.

45 Rede Dahrendorfs in Freiburg (wie Anm. 43).

46 So Dahrendorf im Spiegel-Interview »Wollen Sie Parteiführer werden?«. In: Der Spiegel 22 (1968), Nr. 6 vom 05. Februar 1968, S. 32.

47 Manfred Eichhöfer: »Auch nach Osten mehr Spielraum«. Der FDP-Politiker fordert eine eigene aktive deutsche Politik. In: Die Welt vom 05. August 1968, S. 5.

48 Komet Dahrendorf. In: Die Welt vom 20. Februar 1968, S. 2.

49 So Ralf Dahrendorf im Gespräch mit dem Verfasser am 03. März 2006.

auch, dass das »messianische« Charisma, das Dahrendorf in diesen Tagen zugeschrieben wurde, seine Rückkopplungswirkung auf den Senkrechtstarter durchaus nicht verfehlte. Er selbst erkannte im Nachhall, dass die öffentliche Aufmerksamkeit es ihm in dieser Zeit schwer machte, die Bodenhaftung nicht zu verlieren.⁵⁰ Denn nicht nur in vielen Presseorganen wurde Dahrendorf in der unmittelbaren Zeit nach »Freiburg« hofiert, sondern auch auf der folgenden FDP-Bundesvorstandssitzung am 23. Februar 1968 in Karlsruhe. Hier kam Dahrendorf von einem Auslandsaufenthalt in den Vereinigten Staaten verspätet in die bereits laufende Sitzung. Der Vorsitzende Scheel unterbrach flugs eine begonnene Diskussion, um den Verspäteten in aller Form vor dem Bundesvorstand zu begrüßen. Das Protokoll verzeichnet anschließend lebhaften Beifall.⁵¹ Dass einem einfachen Bundesvorstandsmitglied ein derartiger Empfang in diesem Gremium zuteil wurde, ist vermutlich ein einmaliger Vorgang in der Geschichte des FDP-Bundesvorstands.

3.2 Dahrendorfs »Veralltäglichung«

Interessant an Dahrendorfs Freiburger Formel »dieses Land zu regieren« war ja weniger, dass er sie proklamierte, sondern vielmehr, dass der utopische Gehalt dessen innerhalb der Partei kaum als solcher erkannt wurde. Nur sehr selten konnte man in der Folgezeit Kritik an der hybriden Irrationalität vernehmen,⁵² die hinter dem Streben nach einer großen liberalen Kraft steckte. Eher wurde versucht, das Dahrendorfsche »unmittelbare [!] Ziel (...), eine 20%-Partei herbeizuführen«⁵³, auch im Sinne des Erfinders umzusetzen. So sagte zum Beispiel der Niedersachse Rötger Groß im Juni 1968 vor dem Bundesvorstand: »Wenn wir uns darüber klar sind, daß wir einen neuen Inhalt in dem Sinne von Dahrendorf wollen, müssen wir, glaube ich – ohne daß wir das als wünschenswert plakatieren (...) –, das Risiko laufen, daß einzelne, die sich möglicherweise unter anderen Voraussetzungen zu uns gesellt haben, uns wieder verlassen. Wir müssen aber natürlich – gerade wenn wir das Ziel, das Dahrendorf mit den 20 Prozent genannt hat, anvisieren – einige andere heranholen, und darum geht es in erster Linie.«⁵⁴ Die hier angesprochene Proble-

50 Vgl. ebd.

51 Vgl. das Protokoll der FDP-Bundesvorstandssitzung vom 23. Februar 1968 in Karlsruhe. In: ADL, Bestand FDP-Bundespartei, 126.

52 So aber z.B. Erich Mende in der FDP-Bundesvorstandssitzung vom 10. Juni 1968 in Bonn. In: ADL, Bestand FDP-Bundespartei, 128.

53 Ausführungen von Prof. Ralf Dahrendorf zu einem Schwerpunktprogramm auf der gemeinsamen Klausurtagung des FDP-Bundesvorstandes mit der FDP-Bundestagsfraktion am 23. Juni 1968. In: ADL, Bestand FDP-Bundespartei, 128 (Hervorhebung im Original wurde nicht übernommen).

54 Rötger Groß in der FDP-Bundesvorstandssitzung vom 23. Juni 1968 in Bad Godesberg. In: ADL, Bestand FDP-Bundespartei, 128.

matik war insbesondere im Jahr 1968 Ausgangspunkt heftiger innerparteilicher Auseinandersetzungen – stets mit Beteiligung Dahrendorfs.

Insgesamt ist erkennbar, dass Dahrendorf seit »Freiburg« innerhalb der FDP erst klandestin, dann offener Zielscheibe nationalliberaler Attacken wurde. Dies war allerdings nicht zuletzt auf Dahrendorfs Neigung zu provokativen öffentlichen Äußerungen zurückzuführen. Schon Anfang Februar 1968 war von »spürbar gewordenen [...] innerparteilichen Angriffe[n] auf Professor Dahrendorf«⁵⁵ die Rede, welche kurz nach dessen Freiburger Vortrag aber noch ohne wirkliches inhaltliches Fundament bleiben mussten. Dies änderte sich schließlich, als sich der Konstanzer Soziologe offener gegen innerparteiliche Traditionslinien stellte. So entzündete sich in der Bundesvorstandssitzung vom 10. Juni 1968 ein Streit über ein Interview Dahrendorfs mit dem »Deutschlandfunk«, in welchem er erklärt hatte, dass die FDP eine klare Position beziehen müsse, was unter Umständen dazu führen könne, dass Nationalliberale die Partei verließen.⁵⁶ Und es musste ferner für die Parteirechten als Drohung aufgefasst werden, wenn Dahrendorf zum innerparteilichen Richtungsstreit sagte: »Wir werden diese Auseinandersetzung, wenn nötig, mit knappsten Mehrheiten austragen müssen, auch wenn wir dabei Leute verlieren.«⁵⁷ Der neue Parteivorsitzende war im Sinne des Parteizusammenhaltes bzw. des Wahlerfolges für 1969 schließlich gezwungen, Dahrendorf Einhalt zu gebieten. Das Vorgehen Dahrendorfs, die traditionellen FDP-Anhänger »geradezu zu veranlassen, die Partei zu verlassen, halte ich geradezu für abenteuerlich«⁵⁸, sagte Scheel im Sommer 1968 vor dem Bundesvorstand.

Dahrendorf, der zuvor mit der Konzeption eines Schwerpunktprogramms für 1969 betraut worden und vom Parteipräsidium als alleiniger bzw. hauptverantwortlicher Autor des finalen Schwerpunktprogramms angedacht war,⁵⁹ fand sich im Sommer 1968 nun deutlich zurückgesetzt. Nachdem er im Juni seinen progressiven Programm-Entwurf vorgelegt hatte,⁶⁰ wurde ihm die avisierte alleinige Federführung entzogen. Das Präsidium beschloss am 26. August 1968, ihm nun den rechten bayerischen Landesvorsitzenden Dietrich Bahner sowie, als Vertreter des Scheel-Kurses, Hans-Dietrich Genscher bei

55 Ergebnisniederschrift der Sitzung des FDP-Parteipräsidiums vom 05. Februar 1968 in Bonn. In: ADL, Bestand FDP-Bundespartei, 178.

56 Vgl. das Protokoll der Sitzung des FDP-Bundesvorstands vom 10. Juni 1968 in Bonn. In: ADL, Bestand FDP-Bundespartei, 128.

57 Lohn der Angst. In: Der Spiegel 23 (1969), Nr. 11 vom 10. März 1969, S. 34-55, hier: S. 46.

58 Walter Scheel am 23. Juni 1968 vor dem FDP-Bundesvorstand, in: ADL, Bestand FDP-Bundespartei, 128.

59 Vgl. die Ergebnisniederschrift der Sitzung des FDP-Parteipräsidiums vom 01. April 1968 in Bonn. In: ADL, Bestand FDP-Bundespartei, 178.

60 Schwerpunktprogramm Dahrendorfs vom Juni 1968. In: ADL, Bestand FDP-Bundespartei, 179.

der Formulierung der Wahlplattform zur Seite zu stellen.⁶¹ Letzterer sollte federführend sein.⁶²

Ebenfalls entscheidend für die innerparteiliche Eingliederung Dahrendorfs waren außerdem Ereignisse, die sich um ein »Welt«-Gespräch des Professors drehten. Am 05. August 1968 erschien dort unter dem Titel »Auch nach Osten mehr Spielraum« ein Artikel, der wie ein Interview aufgemacht war, letztlich aber ein Exzerpt eines Hintergrundgesprächs zwischen Dahrendorf und dem »Welt«-Redakteur Manfred Eichhöfer gewesen sein soll.⁶³ Hierin plädierte Dahrendorf für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze – gegen die offizielle Linie der Partei –, denn man solle sich »keinen Illusionen hingeben, ob oder daß hier noch ein Verhandlungsobjekt liegt«.⁶⁴ Noch kurz zuvor – am 01. August – hatte Dahrendorf Scheel in dessen Feriendomizil im österreichischen Hinterthal zu einem längeren Gespräch besucht, worin der Parteivorsitzende den Quereinsteiger offensichtlich darauf hinwies, dass er sich in seinen öffentlichen Äußerungen zurückzuhalten habe.⁶⁵ Dementsprechend zeigte sich Scheel in der folgenden Präsidiumssitzung »überrascht über die [sic] Interview in ›Die Welt‹, da es Mängel aufweist, die gemäss diesem Gespräch vermieden werden sollten«.⁶⁶ Dahrendorf, der »befriedigt und belehrt«⁶⁷ aus Hinterthal zurückgekommen war, klärte Scheel auf, dass das Gespräch mit Eichhöfer bereits am 26. Juli stattgefunden habe, und generell nicht sicher gewesen sei, ob die Inhalte dessen »überhaupt veröffentlicht würde[n]«. Dahrendorf gelobte demütig Besserung und formulierte zugleich eine überraschende Liebeserklärung an die Partei: »Es würde mir leid tun, wenn meine Äusserungen in diesem Zusammenhang der Partei geschadet haben – der Partei, in der ich mich, um das deutlich zu betonen, nicht als ›Einzelgänger‹ betrachte, sondern mit der ich meine eigene Zukunft in einem vielleicht noch nicht allen ganz deutlichen Masse verbunden habe. Hier habe ich aus dem Beispiel – und zwar wohl doch nicht zu spät – gelernt.« Obwohl er nicht darauf hinzuweisen vergaß, dass »der grössere Schaden für die FDP in den letzten Wochen von den Inspiratoren der ›Stoppt Dahrendorf jetzt‹-Bewegung ausgegangen ist«, so ist doch die Quintessenz dieses Briefes folgende: Einer-

61 Vgl. die Ergebnisniederschrift der Sitzung des FDP-Präsidiums vom 26. August 1968 in Bonn. In: ADL, Bestand FDP-Bundespartei, 179.

62 Vgl. das Protokoll der gemeinsamen Sitzung von FDP-Bundesvorstand und -Bundestagsfraktion vom 09. September 1968 in Gravenbruch. In: ADL, Bestand FDP-Bundespartei, 129.

63 So die Erklärung Scheels in der Sitzung des FDP-Bundesvorstands vom 09. September 1968 in Gravenbruch. In: ADL, Bestand FDP-Bundespartei, 3995.

64 Eichhöfer (wie Anm. 47).

65 Vgl. das Schreiben Scheels an Dahrendorf vom 07. August 1968. In: ADL, Bestand Scheel, A 33-119.

66 Ergebnisniederschrift der Sitzung des FDP-Präsidiums vom 05. August 1968 in Bonn. In: ADL, Bestand FDP-Bundespartei, 179.

67 Schreiben Dahrendorfs an Scheel vom 12. August 1968. In: ADL, Bestand Scheel, A 33-119. Dort auch die folgenden Zitate.

seits ist eine deutlichere parteiinterne Einbindung Dahrendorfs erkennbar – somit das Ende der öffentlich geäußerten Bereitschaft, den Nationalliberalismus im Sinne eines höheren Zieles zu »opfern« – und andererseits eine graduelle Abweichung von der politikferneren Herangehensweise des ambitionierten Wissenschaftlers.

Die »Domestizierung« Dahrendorfs durch die praktische Politik ging in der Folgezeit weiter. Zum Beispiel erklärte Hans-Dietrich Genscher Ende November 1968 vor dem Bundeshauptausschuss auf die Frage nach ersten Ergebnissen der Programmkommission für die Wahlplattform vielsagend: »Über den Sachstand kann ich ermitteln [sic], daß die Verhandlungen sich günstig entwickelt haben.«⁶⁸ Diese kleine Spitze gegen den progressiven Entwurf Dahrendorfs vom Juni des Jahres sorgte für protokollierte Heiterkeit und offenbarte die deutlich gewandelte innerparteiliche Stimmungslage gegenüber dem Senkrechtstarter von Freiburg. Scheel kam nun bisweilen sogar die Aufgabe zu, den Professor vor innerparteilichen Angriffen in Schutz zu nehmen. Fast schon apologetisch klang es, als er Dahrendorf vor dem – berechtigten – Zorn der Staatssekretärin im hessischen Kultusministerium Hamm-Brücher abschirmte, die sich über eine Aussage des Professors echauffierte, der kundgetan hatte, dass er »nicht als Staatssekretär im Länderkultusministerium enden«⁶⁹ wolle: »Herrn Kollegen Dahrendorf«, so Scheel, »dem wir alle zugute halten, daß er in manchen Bereichen der praktischen Politik in der Tat noch ein Erfahrung suchender Kollege ist, haben wir in einzelnen anderen Fragen schon Ratschläge gegeben.«⁷⁰ Aber es komme immer mal vor, dass Formulierungen, »die im Augenblick, wenn sie gemacht werden, vielleicht den Gesprächspartnern noch nicht einmal auffallen, die aber nachher, wenn sie wiederholt werden und aus dem Zusammenhang heraus gebracht werden, der FDP nicht unbedingt nützen. (...) Wir versuchen, das möglichst einzuschränken.«

Es lässt sich also feststellen: Dahrendorfs Bedeutung für die FDP bzw. für die weitergehenden Ziele des Bundesvorsitzenden Scheel begann sich bereits im Sommer 1968 entscheidend zu wandeln. Zweifelsohne war es in erster Linie Dahrendorf, der der FDP nach der positionellen Desorientierung seit Ende 1966 Mut für die parlamentarische Opposition einflößte. Auch spielte er nach der baden-württembergischen Landtagswahl im Frühjahr 1968 eine wichtige Rolle, indem er in Stuttgart auf Scheels und Genschers Geheiß dazu beitrug, die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und FDP scheitern zu lassen, »um den Weg für den Bonner Koalitionswechsel von 1969 zu berei-

68 Hans-Dietrich Genscher vor dem Bundeshauptausschuss am 30. November 1968 in Bad Godesberg. In: ADL, Bestand FDP-Bundespartei, A 12-71.

69 So Hildegard Hamm-Brücher Dahrendorf zitierend in der Sitzung des FDP-Bundesvorstands vom 20. Januar 1969 in Bonn. In: ADL, Bestand FDP-Bundespartei, 131.

70 Walter Scheel in: ebd. Dort auch das folgende Zitat.

ten«. ⁷¹ Konnte die liberale Führungsspitze mit einer gemäßigten, zugleich brillant vorgetragenen Provokation noch eine Zeitlang konform gehen, so war spätestens mit dem Ausklang des Sommers 1968 für den um Ausgleich bedachten Scheel die Schmerzgrenze erreicht. ⁷² Das innerparteilich Einnehmende, das den Auftritt von Freiburg noch ausgezeichnet hatte, wandelte sich durch die mannigfachen öffentlichen Aussagen des Quereinsteigers tendenziell ins innerparteilich Abgrenzende.

Dennoch, Dahrendorfs Wirken hatte die Partei verändert. Der Fortschrittsgeist und die betonte Liberalität, welche sich in Freiburg offenbarten, wurden in der Folgezeit bewusst von der Parteispitze um Scheel kultiviert. Scheel ließ sich gar zeitweise von der Dahrendorfschen Euphorie anstecken und nahm dessen Parole »dieses Land zu regieren« mehrfach auf. ⁷³ Dies wirkte auf manche Liberale etwas befremdlich; Hildegard Hamm-Brücher machte Scheel in der Bundesvorstandssitzung am 20. Januar 1969 daher darauf aufmerksam – auch wenn es der Bundesvorsitzende wahrscheinlich »so auch gar nicht gemeint [habe], wie es nachher angekommen ist« ⁷⁴: »[D]iese Vorstellung, daß uns irgendjemand glauben würde, daß wir das nächstmal [sic] die absolute Mehrheit erringen, geht mir persönlich nach allem, was ich über das Image der Partei in der Öffentlichkeit höre, ganz einfach zu weit. Wir wollen diesen Wahlkampf offensiv führen und wollen so viel wie möglich Wählerstimmen gewinnen, aber doch nicht dadurch, daß wir hier ein bißchen hochstaplerisch auftreten.« Scheel lehnte zwar das utopische Fordern der absoluten Mehrheit ab, blieb jedoch bei der Ansicht, »daß sehr wohl ein Drittel der Wähler die FDP wählen kann. Das tut das Drittel aber nur, wenn diese FDP den Anspruch erhebt, Regierungsgewalt auszuüben.« ⁷⁵ Erst später unterblieben diese Forderungen im Hinblick auf fallende Umfragewerte. Die von Dahrendorf implantierte betonte Liberalität aber blieb Bestandteil der FDP-»Ideologie« – erstmal bis zur Bundestagswahl im September 1969. ⁷⁶

3.3 *Wahlkampf, Machtwechsel und Abgang nach Brüssel*

Ein Jahr nach »Freiburg« hatte sich Dahrendorfs innerparteiliche Position also beträchtlich geändert, sodass der »Spiegel« im März 1969 konstatieren

71 Ralf Dahrendorf: Reisen nach innen und außen. Aspekte der Zeit. München 1986, S. 30. Vgl. auch: Parteipräsidium der FDP empfiehlt Fortsetzung der Opposition. In: Stuttgarter Zeitung vom 30. April 1968, S. 1.

72 Vgl. hierzu auch Georg Schröder: Dahrendorf wird für die FDP zum Problem. Die Partei sucht Geschlossenheit nach außen. In: Die Welt vom 07. August 1968, S. 3.

73 Vgl. Siekmeier (wie Anm. 26), S. 397.

74 Hildegard Hamm-Brücher in der FDP-Bundesvorstandssitzung vom 20. Januar 1969 in Bonn. In: ADL, Bestand FDP-Bundespartei, 131. Dort auch das folgende Zitat.

75 Walter Scheel in: ebd.

76 Vgl. z.B. Peter Haungs: Wahlkampf und Wählerverhalten 1969. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1 (1970), S. 90-106, hier: S. 94.

konnte: »Der linke Messias des Freiburger Parteitages 1968, Ralf Dahrendorf, hat seinen Glanz schon längst verloren.«⁷⁷ Und: »Er bewies bald, daß ihm zum operativen Parteistrategen so gut wie alles fehlt.« In diesem Sinne gaben auch seine Beiträge für den Wahlplattform-Entwurf Anlass zu heftiger Kritik. Dahrendorf vertrat hier nämlich die Auffassung, dass man nicht »die Einheit der Partei mit einer mittleren Linie halten«⁷⁸ könne und die Liberalen deshalb »wirklich mit klaren politischen Aussagen vor die Wähler treten« müssten. So fiel Hermann Müller im Hinblick auf die bildungspolitischen Aussagen zum Beispiel auf, »daß natürlich gewisse Formulierungen hierin enthalten sind, die der Person des Herrn Dahrendorf zuzuordnen sind. (...) Die kommen hier zum Ausdruck, und die müssen wir manchmal in eine etwas volkstümlichere Sprache umsetzen; der Professor der Soziologie bewegt sich gelegentlich auf höheren Ebenen.«⁷⁹ Ernst Achenbach erkannte auch, »daß ein leichter Unterton geistiger Überheblichkeit drin ist. Ich habe da ein bißchen ein ungutes Gefühl.«⁸⁰ Und weiter: »[E]s muß menschlich etwas wärmer gemacht werden.« Mit den redaktionellen und inhaltlichen Änderungen, die dann später vor allem durch das Parteipräsidium vorgenommen wurden, konnte Dahrendorf wiederum nicht zufrieden sein. Die Frage »Wo steht ihr jetzt eigentlich?« wurde seiner Ansicht nach durch die überarbeitete Wahlplattform nicht mehr zufriedenstellend beantwortet.⁸¹ Diese Überarbeitungen fanden in Präsidiumssitzungen statt, »bei denen ich [als Mitglied der Programmkommission, K. W.] nicht anwesend sein konnte, weil Montag der einzige Tag in meiner Woche ist, den ich meiner Partei nicht widmen kann, der einzige Tag, den ich noch meiner beruflichen Tätigkeit widme«. Es habe im Präsidium eine Veränderung des Konzeptes stattgefunden »von politischen Aussagen in schlechter Formulierung zu guten Formulierungen ohne politische Aussagen«.

Als in der Bundesvorstandssitzung am 27. April dann eine neue Kommission für die Wahlplattform einberufen werden sollte – Mitglieder: Dahrendorf, Bahner, Genscher und das Präsidium – bat Dahrendorf im Hinblick auf seinen vollen Terminplan (»ich habe praktisch jeden Abend bis zur Wahl eine Wahlversammlung«) darum, von seiner Nominierung abzusehen.⁸² Darauf erwiderte Genscher: »Es geht nicht um die technische Herstellung, sondern wir haben alle eine Verpflichtung nach außen, und ich glaube, es wäre nicht gut, wenn Herr Prof. Dahrendorf sich davon ausschließen würde. Das würde möglicherweise zu sachlich unbegründeten Vermutungen führen oder könnte

77 Lohn der Angst (wie Anm. 57), S. 55. Dort auch das folgende Zitat.

78 Ralf Dahrendorf in der FDP-Bundesvorstandssitzung vom 27. April 1969 in Mainz. In: ADL, Bestand FDP-Bundespartei, 152. Dort auch das folgende Zitat.

79 Hermann Müller in der FDP-Bundesvorstandssitzung vom 17. März 1969 in Bad Godesberg. In: ADL, Bestand FDP-Bundespartei, 132.

80 Ernst Achenbach in: ebd. Dort auch das folgende Zitat.

81 Ralf Dahrendorf am 27. April 1969 (wie Anm. 78). Dort auch die folgenden Zitate.

82 Vgl. ebd.

böswillig so ausgelegt werden.«⁸³ Dahrendorf sagte daher schließlich seine Teilnahme zu. Kurzum: Auch wenn Dahrendorf später befand, die »Wahlplattform von 1969 verband eine neue Sprache mit neuen Inhalten«⁸⁴, so war zwar sein Einfluss auf den Urentwurf beträchtlich, doch auf die Endfassung eher begrenzt. Für die Außenwirkung der FDP aber blieb Dahrendorf unersetzlich.

Dies war sicherlich ein Grund für Walter Scheel, dem Soziologieprofessor bereits im März 1969 den Posten eines Staatssekretärs im Auswärtigen Amt unter einem Außenminister Scheel anzutragen – für den Fall einer Regierungsbeteiligung der FDP nach der Bundestagswahl. Vermutlich durchschaute der geschmeichelte Dahrendorf nicht, dass Scheel damit die bestimmte Absicht verfolgte, ihn wegen seiner »vorlauten Aufmüpfigkeit«⁸⁵ durch Arbeit »aus dem eigentlichen politischen Geschäft« zu entfernen, ihn aber gleichzeitig – sozusagen unter Kontrolle – einzubinden; er ging trotz Warnungen (etwa vom Bundesgeschäftsführer Hans Friderichs) auf das Angebot ein. Durch die Zusage konnte er im Herbst 1969 auch kaum noch höhere politische Ansprüche stellen – obgleich er es laut Baring dennoch gemeinsam mit Hamm-Brücher versucht habe. Beide sollen in einer Art »Konzertierten Aktion« bei Scheel den jeweils anderen für die Besetzung eines Ministerpostens vorgeschlagen haben.⁸⁶ Denn dass die FDP größere Verantwortung zum Beispiel und gerade im Bereich Bildungspolitik übernehmen würde, galt als wenig strittig, war doch in der Nürnberger Wahlplattform die Bildungspolitik als »Kernstück ihrer Gesellschaftspolitik«⁸⁷ deklariert worden. Zur Überraschung vieler und zum Missfallen einiger Linksliberaler wurde dann aber der Nationalliberale Josef Ertl zum Landwirtschaftsminister erkoren, während die anderen beiden künftigen FDP-Ressorts (Außen- und Innenministerium) mit eher gemäßigten Politikern (Scheel und Genscher) besetzt wurden. Die Parteilinke ging also leer aus. Das Bildungsministerium wurde dem parteilosen Hans Leussink gegeben.

Die Umstände erforderten letztlich die Aufwertung der Rechten, da Scheel bei einer fortgesetzten Deprivation des rechten Flügels um das Gelingen der sozialliberalen Koalition hätte bangen müssen – schlimmstenfalls auch um den Fortbestand der FDP. Eine Zerreißprobe wie nach dem »Jungtürkenaufstand« 1956 hätte die Folge sein können, insbesondere weil durch das schlechte Wahlergebnis von 5,8 Prozent eine große nationalliberale Kontinuität inner-

83 Hans-Dietrich Genscher in: ebd.

84 Ralf Dahrendorf: Die Chancen der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus. Stuttgart 1983, S. 41.

85 Baring (wie Anm. 42), S. 217. Dort auch das folgende Zitat

86 Vgl. ebd.

87 Praktische Politik für Deutschland – Das Konzept der F.D.P. Abgedruckt in: Peter Juling: Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969. Einführung und Dokumente. Meisenheim am Glan 1977, S. 200-209, hier: S. 202.

halb der FDP-Bundestagsfraktion zu verzeichnen war.⁸⁸ Es hieß in diesem Zusammenhang bisweilen, dass einigen rechten FDP-Abgeordneten die Zustimmung zu einem Bundespräsidenten Heinemann (SPD) im März 1969 mit der Aussicht auf einen sicheren Listenplatz für die kommende Bundestagswahl »erleichtert« wurde.⁸⁹ Und dass selbst die Hereinnahme und »Umpolung« des ursprünglichen Gegners einer sozialliberalen Koalition, Ertl, die neue Regierung noch nicht final retten sollte, wurde in der Folgezeit unter anderem durch die im Frühjahr 1970 erfolgte Gründung der »National-liberalen Aktion« (NLA) um Siegfried Zoglmann und durch den fortgesetzten personellen liberalen Aderlass, der schließlich im Barzelschen Misstrauensvotum 1972 mündete, dramatisch deutlich. Schon im Sommer 1970 war Scheel als FDP-Parteivorsitzender durch mehrere verlorene Landtagswahlen derart angeschlagen – und damit auch dessen Koalitionskurs infrage gestellt –, dass einige Liberale im Bundesvorstand offen seine Demission forderten.⁹⁰ Ertl definierte im Juli 1970 das Jahr als das »Schicksalsjahr der Freien Demokratischen Partei«⁹¹; es gehöre »noch ein kleiner Wind« dazu, »und dann ist diese Partei weg«. Die hessische Landtagswahl vom 08. November 1970 rettete dann vorerst Scheel, dessen Koalitionskurs und die FDP.

Die von der Linken unterschätzte Stärke der liberalen Traditionslinien offenbarte sich im Übrigen schon vor der 1969er Bundestagswahl. Vor dem Hintergrund miserabler Umfragewerte und einer damit verbundenen Befürchtung, unter die Fünf-Prozent-Hürde zu rutschen, war es in der Bundesvorstandssitzung vom 01. September 1969 überraschenderweise Dahrendorf, der forderte, die vorher geschmähten liberalen Traditionswähler wieder zu umgarnen.⁹² Dahrendorf musste sich im Klaren sein, dass das befürchtete Wahldebakel auch eigene, weitergehende Ambitionen erschweren würde, denn die im August vom ZDF prognostizierten vier Prozent⁹³ waren schließlich das genaue Gegenteil des originären Anspruches, »dieses Land zu regieren«. Insofern kann man mit einigem Recht annehmen, dass Dahrendorf seine Vorgehensweise nun nach rechts auch deshalb öffnete, um sich innerparteilich wieder etwas Luft zu verschaffen. Denn am 30. September – kurz nach der Wahl – konnte man ihn in der gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand und

88 Vgl. Heino Kaack: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems. Opladen 1971, S. 360f., S. 658f.

89 Vgl. Rolf Zundel: Die veränderte FDP. In: Die Zeit, Nr. 10 vom 07. März 1969, S. 4. Vgl. ebenfalls: Nachts im Bett. In: Der Spiegel 23 (1969), Nr. 26 vom 23. Juni 1969, S. 32-34, hier: S. 32.

90 So z.B. Knut von Kühlmann-Stumm in der FDP-Bundesvorstandssitzung vom 21. Juni 1970 in Bonn. In: ADL, Bestand FDP-Bundespartei, 161.

91 Josef Ertl in der FDP-Bundesvorstandssitzung vom 02. Juli 1970 in Bonn. In: ADL, Bestand FDP-Bundespartei, 161. Dort auch die folgenden Zitate.

92 Vgl. Ralf Dahrendorf in der FDP-Bundesvorstandssitzung vom 01. September 1969 in München. In: ADL, Bestand FDP-Bundespartei, 153.

93 Siekmeier (wie Anm. 26), S. 415.

Bundestagsfraktion Erstaunliches sagen hören: »Ich selber habe die allergrößte Angst (...), daß wir zu einer SPD/FDP-Koalition kommen und daß diese Regierung sich nach vier Jahren nicht bewährt hat.« Und weiter: »Ich bin mit Herrn Scheel seit langem einer Meinung, daß uns persönlich die Koalition mit der zweiten Generation in der CDU lieber ist als die Koalition auch [!] mit der nächsten Generation der SPD.«⁹⁴ Aber – und das ist die dann weniger überraschende Schlussfolgerung des designierten Staatssekretärs: Er sehe eine »verfassungspolitische Verantwortung [der FDP, K. W.] für die Bundesrepublik«, die darin liege, »daß wir der CDU auf die Beine helfen, indem wir ihr in die Opposition verhelfen«.

Kurzum, Brandt wurde Bundeskanzler, die sozialliberale Regierung konstituierte sich und für Dahrendorf blieb es dabei: Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt unter Außenminister Scheel. Im Nachhinein hatte Dahrendorf zwar manchmal betont, dass er mit der Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler eigentlich seine eigene Aufgabe erfüllt sah. Dass er dennoch etwas länger in Bonn blieb, war, so Dahrendorf, »nach Lage der Dinge unvermeidlich. Ich wollte helfen, daß sich die Demokratie in Deutschland durch einen Wechsel der Regierungskoalitionen bewährt. Ich wollte sicher sein, daß die neue Regierung neue Wege geht. Meine Motive waren verfassungspolitisch.«⁹⁵ Ganz so selbstlos waren seine Beweggründe aber wohl nicht, bedenkt man beispielsweise, dass er sich – wie erwähnt – im Herbst 1969 anscheinend selbst indirekt als ministrabel kolportiert hat und demnach nicht an einen schnellen Abgang aus Bonn dachte. Und seine Worte beim späteren Abschied nach Brüssel zu einem Journalisten (»Wenn Sie wollen, nennen Sie es Resignation«⁹⁶) sprechen auch eher gegen hehre Antriebe. Baring vermutete daher: »Dahrendorf wollte rechtzeitig vor dem Debakel der FDP, vor dem Absturz, aus diesem gewagt konstruierten, riskant gesteuerten Flugkörper aussteigen und sich in Sicherheit bringen.«⁹⁷

»Sicherheit« bedeutete in diesem Falle Brüssel. Dahrendorf ergriff die einmalige Chance, den vakanten Posten eines EWG-Kommissars zu übernehmen, für den eigentlich vorher die Parteirechten Ernst Achenbach⁹⁸ und Heinz Starke⁹⁹ angedacht waren; doch letztlich durfte Achenbach nicht (wegen dessen nationalsozialistischer Vergangenheit) und Starke wollte nicht. Die

94 Ralf Dahrendorf in der gemeinsamen Sitzung von FDP-Bundesvorstand und -Bundestagsfraktion vom 30. September 1969 in Bonn. In: ADL, Bestand FDP-Bundespartei, 153. Dort auch die folgenden Zitate.

95 Dahrendorf (wie Anm. 71), S. 32.

96 Baring (wie Anm. 42), S. 352.

97 Ebd.

98 Vgl. hierzu z.B.: Unrecht geschehen. In: Der Spiegel 24 (1970), Nr. 17 vom 20. April 1970, S. 32.

99 Vgl. die Ergebnisniederschrift der Sitzung des FDP-Präsidiums vom 27. Mai 1970 in Bonn. In: ADL, Bestand FDP-Bundespartei, 190.

Unstimmigkeiten mit Scheel über die Neue Ostpolitik taten das Ihre, um Dahrendorf die Entscheidung für den Weggang zu erleichtern. Ferner war im Frühjahr erkennbar, dass sich der innerparteiliche Ton gegenüber dem ehemaligen Shootingstar deutlich verschärft hatte. So erregte sich Knut von Kühlmann-Stumm in einer Bundesvorstandssitzung über Dahrendorfs öffentliche, als »persönlich« deklarierte Äußerungen über die Ostpolitik: »Er soll nach Konstanz zurückgehen!«¹⁰⁰ Oder auch: »Herr Dahrendorf gehört auf den Mond!« Bezeichnenderweise blieb dies unwidersprochen. Zweifellos brachte sich der Parlamentarische Staatssekretär durch seine fortgesetzten »persönlichen« Kommentare jenseits der offiziellen Linie seines Vorgesetzten Scheel¹⁰¹ innerparteilich selbst an den Rand, sodass sein Weggang in Bonn eher Erleichterung denn Verlustgefühle auslöste.¹⁰²

Der linke FDP-Flügel hatte dann auch schon einen neuen Heilsbringer. Auf dem Bonner Bundesparteitag im Juni 1970 wurde mit großer Unterstützung der Jungdemokraten der Rechtsprofessor Werner Maihofer ins Präsidium gewählt. Der Jungdemokraten-Vorsitzende Heiner Bremer gratulierte Maihofer mit den Worten: »Enttäuschen Sie uns nicht so wie Herr Dahrendorf.«¹⁰³

4. *Fazit*

Betrachtet man Ralf Dahrendorfs Werdegang in der FDP zwischen seinem Eintritt Ende 1967 und seinem Abgang 1970, so kann man eine ungewöhnlich große Schwankung der innerparteilichen Wertschätzung des Soziologieprofessors erkennen. Vom einnehmenden und beeindruckenden, intellektuellen »Messias« des Freiburger Bundesparteitages 1968, der kurz darauf eine Bundesvorstandssitzung unter lebhaftem Beifall betrat, bewegte sich dessen innerparteiliche Rolle bald in eine abgrenzende, polarisierende Richtung, bis Dahrendorf am Ende seiner Bonner Zeit durch sein fortgesetztes, tendenziell unpolitisches Auftreten selbst bei seinen ehemaligen Sympathisanten Enttäuschung hervorrief. Die wirkliche Hochphase seines Einflusses währte kurz, sein anfängliches programmatisches Wirken bei der Wahlplattform wurde durch politisch-taktische Zwänge am Ende immer mehr abgeschliffen. Und auch sein voriges Hauptinteressensgebiet, die Bildungspolitik, wandelte sich vom »Kernstück« liberaler Gesellschaftspolitik zu einem Bereich, bei dem die

100 Knut von Kühlmann-Stumm in der FDP-Bundesvorstandssitzung vom 24. Mai 1970 in Saarbrücken. In: ADL, Bestand FDP-Bundespartei, 160. Dort auch das folgende Zitat.

101 Vgl. hierzu z.B. Theodor Eschenburg: Das »ich« in Dahrendorf. In: Die Zeit, Nr. 11 vom 13. März 1970, S. 11.

102 Vgl. Baring (wie Anm. 42), S. 353.

103 Zit. in: Was ihr wollt. In: Der Spiegel 24 (1970), Nr. 27 vom 29. Juni 1970, S. 24f., hier: S. 24.

FDP-Spitze im Herbst 1969 freiwillig auf größere bundespolitische Einflussnahme verzichtete.¹⁰⁴

Dahrendorfs Verdienst um die FDP zur Zeit der Großen Koalition ist in der Gesamtheit allerdings nicht zu unterschätzen. Denn er war es, der der angeschlagenen und zerrissenen Partei in Freiburg neuen Schwung verlieh, der ihr einen gewissen Stolz auf »Opposition« zurückbrachte, eine neue Aufgabe gab. Freilich profitierte Dahrendorf in dieser Situation von vielen äußeren Faktoren. Dies war zum Beispiel die Ablösung Mendes durch Scheel – das Symbol eines personellen Neuanfangs; dies war der völlig desolate Gesamtzustand der FDP – auch im Hinblick auf liberale Zukunftsängste wegen der drohenden Wahlrechtsänderung; und nicht zuletzt der Wandel des gesellschaftlichen Klimas in der Bundesrepublik – hin zu einer immer größer werdenden Liberalität, hin zum Glauben an eine allumfassende Machbarkeit der Politik, hin zu einer Verwissenschaftlichung der Politik. Genau hier stieß Dahrendorf hinein, der wissenschaftliche Quereinsteiger, der mit der Gesellschaftspolitik ein Thema gefunden hatte, dessen Bedeutung noch einige Zeit stetig stieg. Und er schloss sich einer Partei an, in der auch organisationsstrukturell ein schneller Aufstieg möglich war.

So kann man konstatieren, dass er für die von Scheel gewollte und betriebene koalitionspolitische Öffnung gen SPD zu einem notwendigen und unverzichtbaren »programmatischen« Symbol wurde. Das Dahrendorfsche Pochen auf liberale Eigenständigkeit ermöglichte dem Bundesvorsitzenden das taktische Offenhalten der Koalitionsfrage gegenüber der Parteirechten bis zum Wahltag, wenngleich für Scheel persönlich wohl schon sehr viel länger feststand, mit einer sozialliberalen Koalition auf Bundesebene liberale Selbstbestimmung demonstrieren zu müssen.¹⁰⁵ Dahrendorf war also zu einem guten Teil daran beteiligt, dass die FDP ihre koalitionspolitische Ausrichtung ändern konnte, und dass damit die sozialliberale Koalition möglich wurde. So erkannte er im Rückblick ebenfalls, dass die FDP »durch Walter Scheel und auch mich [Dahrendorf, K. W.] zum Koalitionspartner der SPD umgeformt[...]«¹⁰⁶ wurde. Das war nicht wenig.

104 Vgl. Baring (wie Anm. 42), S. 216f.

105 Vgl. Kaack (wie Anm. 28), S. 416.

106 Dahrendorf (wie Anm. 34), S. 118.

Das Kirchenpapier der FDP – Ausdruck oder Ende eines »geläuterten Liberalismus«?¹

Am 1. Oktober 1974 verabschiedete der 25. FDP-Bundesparteitag in Hamburg das sogenannte Kirchenpapier der FDP »Freie Kirche im freien Staat«.² Es bestand aus einer Präambel und 13 Thesen, die eine Neuregelung des Verhältnisses von Staat und Kirche im Sinne einer »Trennung« beider voneinander implizierten:³ Abschaffung des Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts für die Kirchen (2), Ersetzung der Kirchensteuer durch ein kircheneigenes Beitragssystem (5), Aufhebung der bestehenden Staatskirchenverträge und Konkordate (8), Abschaffung der Vorrangstellung freier Träger im Bereich der karitativ-sozialen Arbeit (9), Einführung der religiös und weltanschaulich neutralen Gemeinschaftsschule mit Religionskunde als Wahloption neben dem konfessionell erteilten Religionsunterricht (10) – mit diesen fünf Thesen sind diejenigen aufgeführt, die im Verlaufe des gut eineinhalbjährigen Entstehungsprozesses des Kirchenpapiers wohl am kontroversesten diskutiert wurden. Eine weitere, sehr umstrittene These zum Umgang mit den Theologischen Universitätsfakultäten war im Zuge der abschließenden Beratungen des Papiers im Bundesvorstand zwei Wochen vor dem Bundesparteitag gestrichen worden.

Die Reaktionen, die der FDP während des Diskussionsprozesses und insbesondere nach Beschluss des Papiers aus Kirche, Politik und Gesellschaft entgegen schlugen, waren von grundsätzlicher Ablehnung geprägt. Aber auch parteiintern herrschte keineswegs Einmütigkeit, wie insbesondere die diametralen Ansichten der beiden evangelischen und kirchlich engagierten FDP-Politikerinnen Hildegard Hamm-Brücher und Liselotte Funcke verdeutlichten; erstere war eine der schärfsten Kritikerinnen des Kirchenpapiers, letztere

- 1 Der Text ist eine überarbeitete und erweiterte Fassung meines Vortrages beim Kolloquium vom Oktober 2007 und gibt einige zentrale Aspekte meiner inzwischen abgeschlossenen Dissertation zu Entstehung und Rezeption des sog. »Kirchenpapiers der FDP« wieder.
- 2 Thesen der F.D.P. Freie Kirche im freien Staat, Beschluß des 25. Bundesparteitages der F.D.P. in Hamburg vom 30. September bis 2. Oktober 1974, hg. v. F.D.P.-Bundesgeschäftsstelle, Thomas-Dehler-Haus, Bonn o.J.
- 3 Die in Klammer stehende Zahl hinter den im folgenden aufgelisteten Thesen verweist auf deren Position innerhalb des Thesenkatalogs.